

Gemeinsam sind wir stärker!

Petition in Sachen Vermögensbeteiligung und Hypo-U-Ausschuss ist wichtige Unterstützung für SPÖ-Kernanliegen

Liebe Genossinnen und Genossen der Sektion granum-humanum, der Sektion 1 in der Josefstadt und der Sektion Wilten!

Zu eurem Schreiben an die Mitglieder des Bundesparteiorgans und des SPÖ-Parlamentsklubs nehme ich gerne Stellung. Das Wichtigste zuerst: Jede Stimme, jede Initiative, die uns in unserem konsequenten Kampf für mehr Gerechtigkeit und Fairness unterstützt, macht uns stärker, wenn es darum geht, den sozialdemokratischen Grundwerten und Kernanliegen noch mehr Gewicht zu verleihen. Das ist auch in Europa besonders wichtig. Denn die Unterschiede zwischen der Sozialdemokratie und den Konservativen sind klar. Während wir für den Kurswechsel, für ein sozialeres und gerechteres Europa kämpfen, lehnen sich die Konservativen zurück und meinen, dass sich kaum etwas in Europa ändern muss. Und das trotz einer horrenden Arbeitslosigkeit von über 26 Millionen Menschen und einer Wirtschaftskrise, die Milliarden an Euro vernichtet hat, die wir – in Europa genauso wie in Österreich – so dringend für die Beschäftigung und die Bildung gebraucht hätten. Daher ist klar: Ihr könnt euch darauf verlassen, dass wir – gestärkt durch eure Unterstützung – auch weiterhin mit vollem Einsatz für die Umsetzung unserer Kernanliegen kämpfen, die eure Forderungen nicht nur abdecken, sondern zum Teil sogar noch darüber hinaus gehen.

Bei vermögensbezogenen Steuern bereits einiges erreicht

Wir haben in diesem Kampf schon einiges erreicht und der ÖVP in harter Überzeugungsarbeit so manches abgerungen, wo viele gesagt haben: „Unmöglich, nicht zu schaffen“. Es ist Bundeskanzler Werner Faymann gelungen, endlich eine Trendwende bei vermögensbezogenen Steuern einzuleiten. Wir haben gegen den starken Widerstand der ÖVP eine ganze Reihe von vermögensbezogenen Steuern durchgesetzt – von der Bankenabgabe über die Steuer für Wertpapierzuwächse bis zur Immobilienzuwachssteuer. Und letzten Februar haben wir weitere Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit fixiert: Wir haben Steuervorteile für Konzerne eingeschränkt und Steuerprivilegien für Top-Manager beendet. Mit der EU-weit strengsten Anti-Profit-Shifting-Regelung haben wir der Gewinnverschiebungen in Niedrigsteuerländer eine Barriere vorgeschoben. Und mit der Beschränkung der Gruppenbesteuerung haben wir eine langjährige SPÖ-Forderung umgesetzt. Das alles haben wir durch die Kraft unserer Argumente und den Rückhalt unserer Genossinnen und Genossen geschafft.

Hypo: Hauptanteil an Krisenkosten tragen die Banken

Darauf setzen wir auch jetzt: Denn wir haben immer gesagt, dass die Aufräumkosten für das von der FPÖ-Kärnten verschuldete Hypo-Debakel nicht einfach den Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufgebürdet werden dürfen. Weder die Bürgerinnen und Bürger, noch die Kärntnerinnen und Kärntner haben den Schaden verursacht. Daher ist klar, dass jene, die von der Bankenrettung und der Hypo-Rettung profitiert haben, den Hauptteil der Folgekosten tragen müssen. Und das sind die Banken, die via Bankenabgabe, der höchsten in Europa, einen Großteil finanzieren. Bundeskanzler Werner Faymann hat in der Debatte des Nationalrates zum Budget 2014 und 2015 daher auch nochmals die Notwendigkeit der Bankenabgabe betont. Diese bringt pro Legislaturperiode drei Milliarden Euro. Besonders wichtig: Dieses Geld soll nicht nur in der letzten und der aktuellen Legislaturperiode, sondern auch in der nächsten hereinkommen. Damit würden allein durch die Bankenabgabe neun Milliarden Euro lukriert werden – ein Beitrag, der mehr Gerechtigkeit bringt,

denn damit fließt viel Geld wieder zurück, das die SteuerzahlerInnen zur Sicherung der Banken und des Finanzsystems aufgewendet haben.

Steuerreform für ArbeitnehmerInnen, Gegenfinanzierung mit Millionärssteuer

Auch die Forderung nach einer Millionärsabgabe wird von der gesamten Sozialdemokratie getragen. Die Millionärsabgabe ist aufrechte Beschlusslage und wesentlicher Teil unserer Programme. Wir müssen und wir werden bei vermögensbezogenen Steuern weiter zulegen, denn die Unterschiede zwischen der Besteuerung von Vermögen und der Besteuerung des Faktors Arbeit sind zu groß. Es ist uns schon einmal gelungen, die ÖVP von der Notwendigkeit vermögensbezogener Steuern zu überzeugen. Für uns ist klar, dass die ÖVP ihre Position dazu nicht lange aufrechterhalten kann. Der Bundeskanzler hat im Parlament bei der Budgetdebatte noch einmal die Richtung angesagt: Jetzt geht es darum, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Einkommenssteuer zu senken und diese wichtige Stärkung des Einkommens durch eine Gegenfinanzierung über die Millionärssteuer sicherzustellen.

SPÖ bekennt sich zum U-Ausschuss als Minderheitenrecht

In Sachen Hypo-Ausschuss hat die SPÖ bereits ein 12-Punkte-Programm zur Reform von U-Ausschüssen auf den Tisch gelegt. Darin bekennen wir uns klar zum Minderheitenrecht bei der Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und zu einer Reform des Gremiums, die gewährleistet, dass eine Aufarbeitung der politischen Verantwortung sach- und zielorientiert erfolgt und Lehren aus Fehlentwicklungen gezogen werden können. Ein Kernpunkt der Reformvorschläge besteht darin, dass künftig bereits ein Viertel der Abgeordneten genügen soll, um einen U-Ausschuss zu verlangen. Bundeskanzler Werner Faymann hat sich bereits Anfang April für eine zügige Reform des U-Ausschusses ausgesprochen. Konkret betonte der Kanzler, dass er „für faire Verfahren beim U-Ausschuss und für ein Minderheitenrecht“ eintrete. Und SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder hat klargestellt, dass die SPÖ kein Problem mit einem Hypo-Ausschuss hat. Denn dieser Ausschuss würde ohnehin zeigen, was die Menschen schon wissen: Dass nämlich die politische Verantwortung dafür eindeutig bei der Kärntner FPÖ liegt. Das dürfen wir nie vergessen, wenn wir vom Hypo-Skandal sprechen!

Freundschaft, euer Norbert Darabos!